



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
74. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.01.2023	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:08 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Christopher Lötsch - CDU		
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender		
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Seniorenbeirat		öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:50 Uhr
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Verwaltung		

Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	als Vertretung für Herrn Lindenau als 1. stellv. Bürgermeisterin
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Arne Barber - 5.651 - GMHL	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:50 Uhr
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Sabrina Eßer - 1.103 DOS	bis TOP 3.3 / 16:54 Uhr
Sandra Grunwald - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Stefan Ivens - 1.103 DOS	bis TOP 3.3 / 16:54 Uhr
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	
Leonardo Kelm - 1.101 Bgm.-Kanzlei - externer Anwarter	
Christian Peuckert - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Markus Toll - FBC FB 5	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:50 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	- etntschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)	
3.2	Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)	
3.3	Aktuelle Lage Energieeinsparungen (Bgm)	
3.4	Genehmigung Haushaltssatzung 2023 (Bgm)	
3.5	Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches Volkshochschule Lübeck	VO/2023/11788
3.6	Anfrage des AM David Jenniches (AfD): Rassismus in der Verwaltung	VO/2021/10461
3.6.1	Antwort auf Anfrage des AM David Jenniches (AfD): Rassismus in der Verwaltung	VO/2021/10461-01
3.7	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umbau des Buddenbrookhauses ohne Teilzerstörung des Gewölbes	VO/2022/11687
3.7.1	Antwort auf Anfrage von AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umbau des Buddenbrookhauses ohne Teilzerstörung des Gewölbes	VO/2022/11687-01
3.8	AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verlustübernahme Breitbandausbau	2022/11088-01-01
3.9	Anfrage AM Sascha Luetkens (DIE LINKE): Thema Wohnungslosigkeit bei Kindern in Lübeck	VO/2023/11785
3.10	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU): Mietvertragslaufzeit für das Gebäude der Begegnungsstätte für drogen-suchtkranke Menschen an der Marienbrücke	
3.11	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. des weiteren Fortgangs mit dem Hawesta-Gelände	
3.12	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. einem Masterplan Parken	

3.13	NEU: mündl. Anfrage AM des Rathcke (FDP) betr. einer Satzung zum Baulandmobilisierungsgesetz	
3.14	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. der neu zu besetzenden Stelle des Werkleiters bei den EBL März 2023	
3.15	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. einer Stellplatzverordnung	
3.16	NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) betr. einer Weiterbetriebsperspektive einer Senior:innenEinrichtung im Heiligen-Geist-Hospital	
3.17	NEU: mündl. Anfrage des AM Lötsch (CDU) betr. der Lübecker Stellplatzregelung	
4	Berichte	
4.1	Mündl. Lagebericht zur Energiekrisensituation	
4.2	7. Bericht zum Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK-Bericht 2021)	VO/2022/11568
4.3	Lübeck-Travemünde, Priwall - Kohlenhofkai Bericht zur Konzeptstudie für die Umgestaltung	VO/2022/11597
4.4	Bericht zu Antrag: AM Petereit (SPD), Prieur (CDU), Rathcke (FDP), Grädner (Grüne), Luetkens (LINKE) und Misch (FW&GAL): AT: Alle zusammen gegen Sexismus - Alle zusammen gegen Diskriminierung	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Aufsichtsratsvergütung	VO/2022/11528
5.2	Musterdokumente für die städtischen Beteiligungen gemäß Lübecker PCGK	VO/2022/11622
5.3	Stiftung Haus der Jugend (HdJ): Feststellung des Jahresabschlusses 2020	VO/2022/11754
5.4	Stiftung "Vereinigte Testamente" (VT): Feststellung des Jahresabschlusses 2019	VO/2022/11755
5.5	Stiftung Lübecker Altstadt: Feststellung des Jahresabschlusses 2020	VO/2022/11756
5.6	Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk II (St. Jürgen 1)	VO/2023/11772
5.7	Fortschreibung der Digitalen Strategie der Hansestadt Lübeck	VO/2020/08509-03
5.8	1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wo-	VO/2022/11411

	chenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022	
5.8.1	1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wochenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022	VO/2022/11411-02
5.8.2	1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wochenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022 (Austausch Anlage 2)	VO/2022/11411-03
5.9	Verlängerung eines Erbbaurechtes in Lübeck, Gärtnergasse	VO/2022/11649
5.10	Verlängerung eines Erbbaurechtes in Lübeck, Ringstedtenweg	VO/2022/11660
5.11	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Medenbreite	VO/2022/11663
5.12	Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2021	VO/2022/11572
5.13	Zentrale Stelle Rettungsdienst - Anstalt öffentlichen Rechts - Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2023	VO/2022/11696
5.14	Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck (Feuerwehrgebührensatzung)	VO/2022/11724
5.15	Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 387.000,00 Euro für das Jahresprogramm 2023 der LÜBECKER MUSEEN	VO/2022/11615
5.16	Änderung der Satzung zur sozialen Staffelung von Gebühren oder Entgelten für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen	VO/2022/11746
5.17	Wirtschaftsplan 2023 der Lübecker Schwimmbäder	VO/2022/11565-01
5.18	Sanierungsgebiet Lübeck "Altstadt" - Einsatz von Städtebauförderungsmitteln für die Modernisierung und Instandsetzung baulicher Anlagen Dritter	VO/2022/11577
5.19	Projektfreigabe für "Feuerwache 1, Erneuerung Notstrom und Trafo", Bornhövedstraße 10, 23554 Lübeck, über 175.000,- EUR	VO/2022/11741
5.20	Projektfreigabe: Herstellung eines Mikrodepots	VO/2023/11770
5.21	Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen in der Hansestadt Lübeck 2023 - investiv	VO/2022/11723
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	AT zu VO/2022/11680-01 Behindertenbeirat - Änderung der Hauptsatzung	2022/11680-01-01

7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
8.1	Bericht zu Antrag: AM Petereit (SPD), Prieur (CDU), Rathcke (FDP), Grädner (Grüne), Luetkens (LINKE) und Misch (FW&GAL): AT: Alle zusammen gegen Sexismus - Alle zusammen gegen Diskriminierung	2020/08836-01-01
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist auf die in der Nachtragstagesordnung nachgereichten Tagesordnungspunkte 3.5, 3.7.1, 5.8.2 und 6.1 hin.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 3.3 und 4.1 unter 3.3 zusammengefasst werden durch eine Berichterstattung von Herrn Barber.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner letzten Sitzung am 06.12.22 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

- Vergabe der Dienstleistungen „Druck und Zustellung der Wahlbenachrichtigungen“ und „Zusendung der Briefwahlunterlagen“ für die kommende Kommunal- und Seniorenbeiratswahl am 14. Mai 2023 und für die Bürgermeisterwahl im Herbst 2023
- Mit der Ausschreibung der Dienstleistung eines Mitarbeitenden-Unterstützungsprogramms (EAP) ist zu beginnen
- Ausübung eines Vorkaufsrechts

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.5 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.8 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.9 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.10 zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Die stellv. Bürgermeisterin hat um die Teilnahme von

- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
 - Herrn Kelm, Bürgermeisterkanzlei (Protokoll)
 - Frau Csösz, Bereichsleitung Wirtschaft und Liegenschaften (zu TOP 14.2)
 - Frau Grunwald, Bereich Wirtschaft und Liegenschaften (zu TOP 14.2)
 - Herrn Kaschel, Bereichsleitung LPA (TOP 14.10)
- gebeten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme von Herrn Groth, Herrn Kelm, Frau Csösz, Frau Grunwald und Herrn Kaschel am nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Bürgermeister Lindenau und Frau Duggen (Bündnis 90/Die Grünen) entschuldigt sind.

AM Jenniches beantragt die Vertagung des TOP 3.6 aufgrund noch bestehender Rückfragen an den Bürgermeister. Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung des TOP 3.6 zu.

AM Prieur beantragt die Vertagung des TOP 5.7.

Es sprechen hierzu Herr Dr. Ivens, Frau Senatorin Hagen, AM Dr. Flasbarth, AM Rathcke, AM Krause und der Vorsitzende.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung der Vertagung des TOP 5.7 zu.

AM Dr. Flasbarth unterbreitet den Vorschlag, den TOP 4.4 dem TOP 8 zuzuordnen. Der Vorsitzende stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
-------------	--------------------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2022
---------------	---

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steirücke)

Der Vorsitzende teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt zur aktuellen Lage Coronavirus zukünftig nur noch auf die Tagesordnung aufgenommen werde, wenn aktuelle Umstände und Anliegen zu diesem Thema eine Mitteilung erfordern.

Frau Senatorin Steirücke berichtet, dass vorgesehen sei, die interne Dienstanweisung zum Coronavirus aufzuheben.

AM Prieur merkt in diesem Zusammenhang an, dass im vergangenen Jahr angeregt wurde, die Bestuhlung in den Besprechungsräumen des Rathauses wieder auf die vollen Kapazitäten auszuweiten. Herr Groth führt hierzu aus, dass die Dienstanweisung zum 02.02.2023 zeitgleich mit der Aufhebung der Corona-Arbeitsschutzverordnung des Bundes aufgehoben und wieder eine Bestuhlung ohne Abstände vorgenommen werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)

Herr Groth gibt einen Überblick über den aktuellen Sachstand zu den seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf die Ukraine Geflüchteten in der Hansestadt Lübeck. Seit dem 24.02.2022 bis Anfang Januar 2023 seien 2.957 Geflüchtete aus der Ukraine in der Hansestadt Lübeck registriert, wovon sich noch 2.353 Geflüchtete in der aktuellen Bearbeitung durch die Ausländerbehörde befänden. Die Zuwanderung von Geflüchteten pro Woche liege im einstelligen Bereich und sei im Vergleich zu Geflüchteten aus Drittstaaten deutlich niedriger. Mit einem unbegleiteten minderjährigen Kind aus der Ukraine sei die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen aus Drittstaaten (8 Minderjährige) auch hier deutlich höher. 927 Ukrainer:innen seien zurzeit in Gemeinschaftsunterkünften, Notunterkünften oder gewerblich untergebracht, davon 773 in Gemeinschaftsunterkünften, 74 in Notunterkünften und 80 gewerblich. Zusammen mit 1.135 Geflüchteten aus Drittstaaten würden zurzeit 2.062 Geflüchtete durch die HL untergebracht. In den Gemeinschaftsunterkünften gebe es derzeit 100 freie Plätze und in den Notunterkünften 226 Plätze. Die Gemeinschaftsunterkunft Herrendamm des DRK werde voraussichtlich Ende April 2023 bezugsfertig sein.

Von Mai bis Dezember 2022 seien etwa 6.700 Ukrainegeflüchtete auf dem Seeweg in Travemünde angekommen. Eine Minimalversorgung, Information und Koordinierung zur Weiterreise erfolge durch die Betreuung der Ukraine-Hilfen vor Ort am Skandinavienkai. Besondere Herausforderungen stellen die Unterbringung von Geflüchteten mit Haustieren, die Unterbringung von Geflüchteten mit körperlicher Behinderung sowie die Organisation der Weiterreise von Geflüchteten vom Skandinavienkai per ÖPNV/Bahn ins Bundesgebiet oder innerhalb von Schleswig-Holstein dar. Besonders im letzten Punkt stellen die Ausstattung von Ukraine-Individualreisenden zu konkreten Reisezielen im Verkehr mit eToken der Deutschen

Bahn, und die selbstständige Weiterreise im Tarifgebiet Nah.SH (kostenpflichtig) dar, hier solle in Absprache mit dem Wirtschaftsministerium die Deutsche Bahn nach der Möglichkeit gefragt werden, ob die erste Fahrt unter Vorlage des Fährtickets kostenfrei angetreten werden könne.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Aktuelle Lage Energieeinsparungen (Bgm)

- es erfolgt eine gemeinsame Beratung mit TOP 4.1 –

Herr Barber stellt anhand einer der Tagesordnung als Anlage beigefügten ppt.-Präsentation den aktuellen Lagebericht zur Energiekrisensituation vor.

Auf Nachfrage des AM Rathcke im Nachgang der Präsentation, ob die Zahlen auch den städtischen Gesellschaften zur Verfügung gestellt werden, antwortet Herr Barber, dass bisher keine aktive Berichterstattung stattfindet, da unter anderem die Verbräuche der Gesellschaften nicht bekannt seien.

AM Dr. Flasbarth fragt, warum aktuell 17 Cent statt die bei den Stadtwerken in der Grundversorgung angegebenen 14 Cent bezahlt werden müssen. Zudem wird gefragt, wie viele Personen aktuell Vollzeit für die Erarbeitung und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in der Hansestadt Lübeck arbeiten und ob ein Austausch von den herkömmlichen Glühlampen auf LED-Lampen nur bei Reparatur/Renovierung erfolgt.

Herr Barber antwortet, dass man gehalten sei, eine europaweite Ausschreibung durchzuführen. Es könne als Sonderkunde nicht zum Haustarif beschafft werden, dies sei das Ergebnis des Trangenkaufs im Jahr 2022 für 2023. Im GMHL seien aktuell drei Teams – insgesamt 13 Personen – mit der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen beschäftigt. Lichtmittelwechsel würden nur im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen vorgenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4 Genehmigung Haushaltssatzung 2023 (Bgm)

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches Volkshochschule Lübeck
Vorlage: VO/2023/11788**

AM Dr. Flasbarth merkt an, dass der Eindruck entstehe, dass der Ausschreibungstext bereits auf eine konkrete Person zugeschrieben sei und schlägt vor, die Kategorien „Voraussetzungen“ und „Erwünscht“ zusammenzufassen. Zudem wird die Frage gestellt, inwiefern die erste Voraussetzungen notwendig sei.

Frau Senatorin Frank führt aus, dass sich diese Voraussetzung auf eine Person beziehe, die sich bereits im höheren Dienst bewährt hätte und damit diese formalen Anforderungen nicht mehr gesondert erfüllen müsse.

AM Prieur fragt, ob zu einem Bericht ein Antrag gestellt werden kann, woraufhin Herr Ziemann ausführt, dass die Ausschreibung ausschließlich Angelegenheit der Verwaltung sei und Anträge damit nicht gestellt werden können. Demgemäß wurde die Vorlage auch nicht unter „Berichte“, sondern unter „Mitteilungen“ einsortiert.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Anfrage des AM David Jenniches (AfD): Rassismus in der Verwaltung
Vorlage: VO/2021/10461**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

zu 3.6.1 Antwort auf Anfrage des AM David Jenniches (AfD): Rassismus in der Verwaltung
Vorlage: VO/2021/10461-01

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

zu 3.7 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umbau des Buddenbrookhauses ohne Teilzerstörung des Gewölbes
Vorlage: VO/2022/11687

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7.1 Antwort auf Anfrage von AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umbau des Buddenbrookhauses ohne Teilzerstörung des Gewölbes
Vorlage: VO/2022/11687-01

AM Dr. Flasbarth kritisiert, dass keine Verhandlungen und Gespräche seitens des Bürgermeisters geführt worden seien und hat folgende Nachfragen:

1. Auf wie viele Gebäudeeigentümer:innen entfallen die 18 Anlieger:innen?
2. Ist die Durchführung einer Zwangsmaßnahme gegen Entschädigung geprüft worden? Wenn ja, wie ist das Ergebnis?
3. Bittet betreffend die Thematik der Verschiebung der Einfahrt um eine Aufstellung darüber, wie viele Gespräche geführt und wie viele Briefe verfasst wurden.
4. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Klage auf Grundlage der jetzigen Sachlage eine aufschiebende Wirkung hätte?

Eine schriftliche Beantwortung der Fragen wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.8 AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Verlustübernahme Breitbandausbau
Vorlage: 2022/11088-01-01**

- die Vorlage liegt nicht zur Sitzung vor -

**zu 3.9 Anfrage AM Sascha Luetkens (DIE LINKE): Thema Wohnungslosigkeit bei
Kindern in Lübeck
Vorlage: VO/2023/11785**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU): Mietvertragslaufzeit für das Ge-
bäude der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Menschen an der Mari-
enbrücke**

AM Prieur bittet um Mitteilung, ob die Laufzeit des Mietvertrages für das Gebäude der Be-
gegnungsstätte für drogensuchtkranke Menschen an der Marienbrücke aufgrund der Fest-
stellung, dass das Gebäude während der Arbeiten an der Marienbrücke bestehen bleiben
kann, von 10 Jahre auf 30 Jahre geändert worden ist.

Eine Beantwortung nach Klärung wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x

	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.11 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. des weiteren Fortgangs mit dem Hawesta-Gelände

AM Prieur bittet um Beantwortung der Frage, ob die Stadtverwaltung bereits Kontakt zum Eigentümer des Hawesta-Geländes aufgenommen und sich zum weiteren Fortgang des Geländes ausgetauscht hat.

Die Beantwortung der Frage wird nach Klärung zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung hat bereits Kontakt zur Thai Union Group, dem aktuellen Eigentümer von Hawesta, aufgenommen. Nach der Auskunft des Flächeneigentümers soll der Betrieb im April 2023 aufgegeben werden und das Grundstück zeitnah zum Verkauf angeboten werden.

Zudem habe es wischen dem Bürgermeister und Herrn Volker Buettel (GF Thai Union Group) einen Austausch zur Zukunft des Geländes gegeben, zuletzt am 25.10.2022. Ein konkreter Zeitplan konnte damals noch nicht genannt werden.

zu 3.12 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. einem Masterplan Parken

AM Rathcke bittet um Beantwortung der Frage, wann mit der Vorlage des Masterplans Parken gerechnet werden kann.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass es ein erstes Eckpunktepapier für eine politische Diskussion geben werde, welches sich gegenwärtig in der verwaltungsseitigen Diskussion befinde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.13 NEU: mündl. Anfrage AM des Rathcke (FDP) betr. einer Satzung zum Baulandmobilisierungsgesetz

Auf Nachfrage von AM Rathcke, wann mit einer Aufstellung einer diesbezüglichen Satzung der Hansestadt Lübeck gerechnet werden könne, antwortet Frau Senatorin Hagen, dass sich damit in der Verwaltung bereits beschäftigt würde und man schnellstmöglich eine solche Satzung auf den Weg bringen möchte.

Im Weiteren bittet AM Rathcke im Zusammenhang mit dem Baulandmobilisierungsgesetz um Mitteilung, ob das aktuell vorliegende Projekt eines Grundstückes in Travemünde von dieser Thematik und der sich daraus ergebenden Möglichkeit zur Realisierung einer Zwangsbebauung betroffen ist.

Die Nachlieferung einer Antwort wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Aktuelle Projekte in Travemünde wurden bisher nicht auf Grundlage des erweiterten Prüfrahmens des Baulandmobilisierungsgesetzes beurteilt, da die gesetzlichen Grundlagen hierfür erst ab dem 10.02.2023 bestehen werden.

Den erweiterten Prüfrahmen kann die Gemeinde künftig bei der planungsrechtlichen Prüfung heranziehen, sie muss dies aber nicht.

Ein maßgebliches Prüfkriterium in diesem Zusammenhang ist regelmäßig die städtebauliche Verträglichkeit des Vorhabens.

Ein Antragsteller hat keinen Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Befreiung für eine rahmenüberschreitende Wohnbebauung, auch wenn damit Wohnraum geschaffen wird. Eine Befreiung nach § 31 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB muss stets mit öffentlichen Belangen vereinbar und damit immer auch städtebaulich verträglich sein. So darf die Befreiung z. B. keine negative Vorbildwirkung für benachbarte Grundstücke haben und damit bodenrechtliche Spannungen auslösen, die einer B-Planänderung bedürfen.

Eine „Zwangsbebauung“ ist somit nicht Folge des Gesetzes.

zu 3.14 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. der neu zu besetzenden Stelle des Werkleiters bei den EBL März 2023

Auf Nachfrage von AM Reinhardt, wie der aktuelle Stand hinsichtlich der neu zu besetzenden Stelle des Werkleiters bei den Entsorgungsbetrieben Lübecks sei, informiert Herr Senator Hinszen darüber, dass bereits eine Personalberatung stattgefunden habe, die diese Ange-

legenheit vorantreibe und es bereits potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten gebe.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.15 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. einer Stellplatzverordnung

Auf Nachfrage des AM Prieur, ob es eine aktuell gültige Stellplatzverordnung gibt, informiert Frau Senatorin Hagen, dass es bereits einen Entwurf dazu gebe, es aber innerhalb der Verwaltung Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung gebe und man in Diskussionen mit Wohnungsbauunternehmen stehe.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.16 NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) betr. einer Weiterbetriebsperspektive einer Senior:innenEinrichtung im Heiligen-Geist-Hospital

Auf Nachfrage und Anmerkung des AM Dr. Flasbarth teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass die Behauptung, es gebe einen Planungsauftrag, nicht stimme. Gem. Bürgerschaftsbeschluss vom November 2022 sei die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept zum Weiterbetrieb eines dortigen Alten- und Pflegeheimes zu erarbeiten. Frau Senatorin Steinrücke ergänzt, dass die Kommunikation zwischen Fachbereich 2 und Fachbereich 5 laufe und der Beschluss mit dem bereits erwähnten Prüfauftrag aus der Bürgerschaft mit zwei Runden Tischen verknüpft werde, zudem gebe es am 14.02.2023 eine Sondersitzung des Sozialausschusses, während welcher sich auch mit dieser Thematik auseinandersetzen werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.17 NEU: mündl. Anfrage des AM Lötsch (CDU) betr. der Lübecker Stellplatzregelung

AM Lötsch äußert Verwunderung darüber, dass hinsichtlich einer Stellplatzregelung bereits mit Wohnungsbauunternehmen diskutiert werde bevor der seit längerem bestehenden Bitte zur Vorstellung der Thematik im Bauausschuss nachgekommen werde. Frau Senatorin Hagen führt hierzu erläuternd aus, dass nicht der Satzungstext, sondern die Rahmenbedingungen, die sich aus der Notwendigkeit Stellplätze zu errichten für die Wohnungsbauunternehmen ergeben, diskutiert würden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1 Mündl. Lagebericht zur Energiekrisensituation

- siehe Protokollierung unter TOP 3.3 -

**zu 4.2 7. Bericht zum Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK-Bericht 2021)
Vorlage: VO/2022/11568**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Lübeck-Travemünde, Priwall - Kohlenhofkai
Bericht zur Konzeptstudie für die Umgestaltung
Vorlage: VO/2022/11597**

AM Rathcke bittet um Beantwortung folgender Fragen bis zur Bürgerschaftssitzung am 26.01.2023:

1. Im Verfahren sind Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz beteiligt worden. Warum wurde der Ausschuss für USO nicht beteiligt oder zumindest informiert?
2. Hat die Ufersicherung, wie im Bericht steht mit welchen Arbeiten im Oktober 2022 begonnen?
3. Welche Maßnahmen zur Sicherung von Umweltverunreinigungen beim Befüllen von Schiffstanks an Zapfsäulen direkt an der Kaikante sind zu treffen?
4. Ist das Gelände des Kanusportvereins bei den Planungen ausgenommen und bleibt es unverändert erhalten?

Eine Beantwortung der Fragen wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.4 Bericht zu Antrag: AM Petereit (SPD), Prieur (CDU), Rathcke (FDP), Grädner (Grüne), Luetkens (LINKE) und Misch (FW&GAL): AT: Alle zusammen gegen Sexismus - Alle zusammen gegen Diskriminierung

- dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP 8.1 zugeordnet –

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Aufsichtsratsvergütung
Vorlage: VO/2022/11528

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Aufsichtsratsbezüge in den Gesellschaften, an denen die Hansestadt Lübeck unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 50 % beteiligt ist, gemäß Anlage 2 angepasst werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.2 Musterdokumente für die städtischen Beteiligungen gemäß Lübecker PCGK
Vorlage: VO/2022/11622

AM Prieur bittet um Prüfung, ob in dem aktuellen Gesellschaftervertrag der LHG berücksichtigt worden ist, das zukünftig bei Abschluss von Lohntariferhöhungen eine gesonderte Tarifvertragszustimmung durch den Aufsichtsrat nicht mehr erforderlich ist.

Beschluss:

Die nach dem Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK) vorzuhaltenden Musterdokumente werden wie folgt neu gefasst:

- a) Muster eines *Gesellschaftsvertrags für Gesellschaften* gemäß Anlage 1,
- b) Muster einer *Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat* gemäß Anlage 2,
- c) Muster einer *Geschäftsweisung für die Geschäftsführung* gemäß Anlage 3,
- d) Muster eines *Dienstvertrags für eine:n Geschäftsführer:in* gemäß Anlage 4

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Nachtrag zur Niederschrift:

Der Gesellschaftsvertrag der LHG wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 16.09.2022 (Aufsichtsratsempfehlung vom 09.09.2022) neu gefasst.

In der vorherigen Fassung war festgelegt, dass die Gesellschafterversammlung über den Abschluss von Lohnvertragverträgen zu beschließen hatte. Damit ging einher, dass der Aufsichtsrat solche Beschlüsse zu empfehlen hatte.

Diese Zuständigkeit ist bei der Neufassung entfallen. Die Tarifverhandlungen werden von der Geschäftsführung geführt, die die Gesellschaft auch in Tarifverhandlungen nach außen vertritt. Dem Aufsichtsrat wird berichtet. Er kann über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Folgen von Tarifabschlüssen beraten, greift aber nicht in die Tarifverhandlungen ein.

**zu 5.3 Stiftung Haus der Jugend (HdJ): Feststellung des Jahresabschlusses 2020
Vorlage: VO/2022/11754**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von -90,77 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Dieser Jahresfehlbetrag wird in 2021 mit der Ergebnisrücklage verrechnet.
- 3) Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 21.09.2022 abschließend beraten wurde (VO/2022/11452) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.4 Stiftung "Vereinigte Testamente" (VT): Feststellung des Jahresabschlusses
2019
Vorlage: VO/2022/11755**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1 gem. §92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H wird der Jahresabschluss 2019 der Stiftung VT mit einem Fehlbetrag von -270.622,83€ festgestellt, der im Folgejahr aus der Zweckrücklage“ auszugleichen ist.

2 Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der am 07.12.2022 im Rechnungsprüfungsausschuss abschließend beraten wurde (VO/2022/11701), wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.5 Stiftung Lübecker Altstadt: Feststellung des Jahresabschlusses
2020
Vorlage: VO/2022/11756**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2020 mit einem Jahresergebnis von -788,90 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Dieser Jahresfehlbetrag wird auf das Wirtschaftsjahr 2021 vorgetragen.
- 3) Die aus den Jahren 2017 bis 2019 bereits vorgetragenen Jahresfehlbeträge konnten auch in 2020 nicht ausgeglichen werden und werden daher weiter vorgetragen.
- 4) Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2022/11702), der im Prüfungsausschuss am 07.12.2022 abschließend beraten wurde wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.6 Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk II (St. Jürgen 1)

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Herr Andreas Walter, Weinbergstraße 3, 23562 Lübeck wird für 5 Jahre als Schiedsmann für den Bezirk II (St. Jürgen 1) gewählt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Fortschreibung der Digitalen Strategie der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/08509-03**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 5.8 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wochenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022
Vorlage: VO/2022/11411**

- es erfolgt eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 5.8, 5.8.1 und 5.8.2 –

AM Simon teilt mit, dass die CDU der Änderung der Gebührensatzung nicht zustimmen wird. AM Rathcke beantragt, die Beschlussvorlage ohne Votum an die Bürgerschaft zu übergeben.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mitmehrfachen Wortbeiträgen – u.a. zum Stand der Digitalisierung und der internen Leistungsabrechnung AM Reinhardt, AM Dr. Flasbarth, Frau Csösz, der Vorsitzende, AM Lehrke, AM Prieur und AM Simon.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft zu geben, abstimmen.

**Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab
(6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen).**

Beschluss:

Die 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wochenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022 wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Vorlage unter TOP 5.8.2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Vorsitzende lässt anschließend über die Vorlage unter TOP 5.8 abstimmen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.8.1 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wochenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022
Vorlage: VO/2022/11411-02**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.8 -

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.8.2 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Wochenmärkte der Hansestadt Lübeck vom 31.03.2022 (Austausch Anlage 2)
Vorlage: VO/2022/11411-03

- siehe Protokollierung unter TOP 5.8 -

zu 5.9 Verlängerung eines Erbbaurechtes in Lübeck, Gärtnergasse
Vorlage: VO/2022/11649

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2023 befristeten Erbbaurecht für Herrn Wolfgang Stamer belastete Grundstück in Lübeck, **Gärtnergasse 90** ist vorzeitig um 30 Jahre zu verlängern.
2. Es wird ein wertgesicherter Erbbauzins in Höhe von 4 v.H. des Bodenwertes (Stand 31.12.2020) von 220.890,00 EUR (= 8.835,60 EUR p.a.) vertraglich vereinbart und grundbuchlich gesichert. Die schuldrechtliche Ermäßigung des Erbbauzinses gem. der Bürger schaftsbeschlüsse vom 28.04.2016 (VO-Nr. 2015/03216) und 18.05.2017 (VO-Nr. 2017/04955) ist in der Anlage 2 dargestellt.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Erbbaurechtsvertrages verbundenen Kosten einschl. der Grunderwerbsteuer sowie evtl. Erschließungskosten und Anschlussbeiträge, sind von dem Erbbauberechtigten zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.10 Verlängerung eines Erbbaurechtes in Lübeck, Ringstedtenweg
Vorlage: VO/2022/11660

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2023 befristeten Erbbaurecht für Frau Baraba Schanze belastete Grundstück in Lübeck, **Ringstedtenweg 1** ist vorzeitig um 30 Jahre zu verlängern.
2. Es wird ein wertgesicherter Erbbauzins in Höhe von 4 v.H. des Bodenwertes (Stand 31.12.2020) von 249.130,00 EUR (= 9.965,20 EUR p.a.) vertraglich vereinbart und grundbuchlich gesichert. Die schuldrechtliche Ermäßigung des Erbbauzinses gem. der Bürger schaftsbeschlüsse vom 28.04.2016 (VO-Nr. 2015/03216) und 18.05.2017 (VO-Nr. 2017/04955) ist in der Anlage 2 dargestellt.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Erbbaurechtsvertrages verbundenen Kosten einschl. der Grunderwerbsteuer sowie evtl. Erschließungskosten und Anschlussbeiträge, sind von der Erbbauberechtigten zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.11 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Medenbreite
Vorlage: VO/2022/11663**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2050 befristeten Erbbaurecht zugunsten von Herrn Daniel Philipp Richter belastete Grundstück in Lübeck, **Medenbreite 16** zur Größe von 929 m² ist an den Erbbauberechtigten zu einem Kaufpreis in Höhe von **241.781,54 EUR** zu verkaufen.
2. In dem abzuschließenden Kaufvertrag ist ein Bebauungsverbot für die im Lageplan (Anlage 4) grau dargestellte Grundstücksfläche und eine wertgesicherte Nachzahlungsverpflichtung für den Fall aufzunehmen, dass im hinteren Grundstücksbereich bei ggf. zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden Baurecht, weitere Gebäude realisiert werden sollten.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von dem Käufer zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1

Bürgerschaft	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.12 Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2021 Vorlage: VO/2022/11572
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2021 der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird

mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2021 von	EUR 493.984.718,23
mit einer Summe der Erträge von	EUR 116.024.746,78
mit einer Summe der Aufwendungen von	EUR 103.055.016,41
und einem Überschuss von	EUR 12.969.730,37

festgestellt.

Beschlusstext: Der Jahresüberschuss von EUR 12.969.730,37 wird in die Bilanzposition `Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen` eingestellt.

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.13 Zentrale Stelle Rettungsdienst - Anstalt öffentlichen Rechts - Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2023 Vorlage: VO/2022/11696
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan (inkl. fünfjährigem Finanzplan und Ergebnisverwendung) des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AöR) wird zugestimmt.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)entfällt**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.14 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck (Feuerwehrgebührensatzung)
Vorlage: VO/2022/11724**

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – der Vorsitzende, Frau Senatorin Hagen, Herr Senator Hinsen, AM Rathcke, Herr Ziemann, Frau Sasse, Herr Krause, insbesondere zu der Auffassung, dass der Text nicht entsprechend der Vorgaben der Hansestadt Lübeck geändert wurde.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung des TOP.

Es spricht AM Rathcke.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss lehnt den Vertagungsantrag mehrheitlich
(5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen) ab.***

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth teilt Herr Senator Hinsen mit, dass die nächste Satzungsänderung voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Jahre vorgenommen würde und bei einem Beschluss über die vorliegende Satzung unter dem Vorbehalt der Satzungsänderung diese laut Ergänzung von Herrn Ziemann erst geändert und dann in geänderter Fassung neu beschlossen werden müsse. Mit einem Vorbehalt sei also nicht viel gewonnen.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck (Feuerwehrgebührensatzung) wird in der vorliegenden Form (Anlage 2) beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	5
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.15 Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 387.000,00 Euro für das Jahresprogramm 2023 der LÜBECKER MUSEEN
Vorlage: VO/2022/11615**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die von der Possehl-Stiftung angebotene Spende in Höhe von 387.000,00 Euro für die Realisierung des Jahresprogramms 2023 der LÜBECKER MUSEEN wird angenommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.16 Änderung der Satzung zur sozialen Staffelung von Gebühren oder Entgelten für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen
Vorlage: VO/2022/11746**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Satzung zur sozialen Staffelung von Gebühren oder Entgelten für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen in der Fassung von Januar 2023 (Anlage 1) wird beschlossen. Die Satzung tritt rückwirkend mit Wirkung vom 01.01.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.17 Wirtschaftsplan 2023 der Lübecker Schwimmbäder
Vorlage: VO/2022/11565-01**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2023 für die Lübecker Schwimmbäder wird in der Fassung der Anlage 1 gemäß § 5, Abs.1, Nr. 6 Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.18 Sanierungsgebiet Lübeck "Altstadt" - Einsatz von Städtebauförderungsmitteln
für die Modernisierung und Instandsetzung baulicher Anlagen Dritter
Vorlage: VO/2022/11577**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Sanierungsgebiet Lübeck „Altstadt“ alle Eigentümer:innen von privat genutzten Gebäuden, für die im Rahmen von Vorbereitenden Untersuchungen/Integriertem städtebaulichen Entwicklungskonzept (Plan 5, Anlage 1) ein mittlerer oder hoher Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf festgestellt wurde, mit 100 % des gemäß Städtebauförderungsrichtlinien SH 2015 ermittelten Kostenerstattungsbetrags (unrentierliche Kosten) im Rahmen der verfügbaren Städtebauförderungsmittel zu fördern.

Nach drei Jahren erfolgt eine Überprüfung der Förderhöhe im Hinblick auf die Nachfrage im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Fördermitteln. Falls erforderlich wird eine Anpassung erfolgen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.19 Projektfreigabe für "Feuerwache 1, Erneuerung Notstrom und Trafo", Bornhövedstraße 10, 23554 Lübeck, über 175.000,- EUR
Vorlage: VO/2022/11741**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Erneuerung der Stromversorgung von Feuerwache 1 auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau zu beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.20 Projektfreigabe: Herstellung eines Mikrodepots
Vorlage: VO/2023/11770**

AM Lötsch erinnert an die Zusage aus dem Bauausschuss zur Übersendung eines Lageplanes. Herr Toll teilt mit, dass der zugesagte Lageplan per Mail am 19.01.2023 an die Mitglieder des Bauausschusses versandt worden sei.

Auf Nachfrage des AM Jenniches betreffend der in Aussicht gestellten Umschlagmenge und einer Einschätzung der Verwaltung zu den aus dem Projekt resultierenden Einsparmöglichkeiten von CO2 führt Frau Hagen erläuternd aus, dass seitens mehrerer Paketdienstleister ein Interesse bekundet worden sei. Im Vorwege seien mit diesen Letter of Intent geschlossen worden. Darüber hinaus sei noch die Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens vorgesehen.

Eine konkrete Berechnung der Einsparmöglichkeiten von CO2 sei erst nach Finalisierung der Planungen mit den Paketdienstleistern sei.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit dem Neubau eines „Mikrodepots, Falkenstraße 35, 23564 Lübeck“ auf der Grundlage der vorliegenden EW-Bau zu beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.21 Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen in der Hansestadt Lübeck 2023 - investiv
Vorlage: VO/2022/11723

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Projektfreigabe für die in der Vorlage genannten Straßen wird erteilt; mit den Maßnahmen darf begonnen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 AT zu VO/2022/11680-01 Behindertenbeirat - Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 2022/11680-01-01

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Satzung
zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck
vom (Datum der Ausfertigung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung (GO) wird die Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck vom 22.04.2022 (veröffentlicht am 26.04.2022 im Internet unter [www. Bekanntmachungen.luebeck.de](http://www.Bekanntmachungen.luebeck.de)) nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft vom 26.01.2023 und mit Genehmigung des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein wie folgt geändert:

1.

Dem § 14 Abs. 4 Nr. 5) wird folgender Satz 3 angefügt:

„Der jeweilige Beirat hat für die Ausschüsse ein fest beauftragtes Mitglied und kann bis zu zwei Stellvertretungen benennen. Für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse im Sinne von § 6 als beauftragte Mitglieder nach § 47e Abs. 2 Satz 2 GO erhält das beauftragte Mitglied, bei Teilnahme an der Ausschusssitzung, ein Sitzungsgeld nach Satz 1. Entsprechendes gilt im Vertretungsfall für ein stellvertretendes Mitglied.“

2.

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 der Gemeindeordnung wurde mit Erlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein vom _____ (Az.: _____) erteilt.

Lübeck, den

Jan Lindenau
Bürgermeister

	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

**zu 8.1 Bericht zu Antrag: AM Petereit (SPD), Prieur (CDU), Rathcke (FDP), Grädner (Grüne), Luetkens (LINKE) und Misch (FW&GAL): AT: Alle zusammen gegen Sexismus - Alle zusammen gegen Diskriminierung
Vorlage: 2020/08836-01-01**

AM Jennichsen bittet um Beantwortung der Frage, warum man sich in der Dienstvereinbarung zum Umgang mit Diskriminierung, sexueller Belästigung und/oder Mobbing am Arbeitsplatz hinsichtlich der Definition von sexueller Belästigung für eine „recht weitgehende“ Regelung im Vergleich zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz entschieden und sich nicht nach diesem gerichtet hätte.

Frau Sasse als Gleichstellungsbeauftragte und Mitbeteiligte an der Erarbeitung der Dienstvereinbarung teilt mit, dass man sich an diesbezüglichen Dienstvereinbarungen anderer Behörde orientierte, die angesprochene Regelung dort auch regelmäßig genutzt werde und man diese in der Hansestadt Lübeck ebenfalls als passend empfand.

Es spricht der Vorsitzende.

AM Jennichsen bittet um Beantwortung einer weiteren Nachfrage, wie mit falschen Anschuldigungen umgegangen wird bzw. wo ist eine diesbezügliche Regelung in der Dienstvereinbarung zu finden ist und wie ist dessen Tenor lautet.

Frau Sasse teilt mit, dass es hierzu keine Regelung gebe und in vergleichbaren Dienstvereinbarungen auch keine Regelungen hierzu getroffen seien. Einzelfälle würden durch die Beschwerdestelle sowie die Bereiche Recht und Personal geprüft und bei falscher Beschuldigung würde der Beschwerde nicht stattgegeben.

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – das AM Jennichsen, Frau Sasse, der Vorsitzende, AM Dr. Flasbarth, Herr Groth, AM Rathcke, Herr Krause und Frau Haltern.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:51Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 15. März 2023

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung